

Von:  
JOHN HOPKINS M.A. LLB.  
Director of Studies in Law  
Tel No. 0223 334800  
Fax 0223 467934

DOWNING COLLEGE  
CAMBRIDGE  
CB 1DQ

### Heinrich XLV Erbprinz Reuss

1. Von den Dokumenten, die mir übersandt wurden, sind bestimmte Angelegenheiten nicht ganz klar und können nur durch Rückschlüsse in Erfahrung gebracht werden. Z.B.:
  - (i) Es ist nicht genau angegeben, um welche Sache es sich handelt. Ich nehme an, daß es sich um Immobilien handelt, daß diese Immobilien das Reußische Theater einschlossen, welches zumindest früher Eigentum von Heinrich XLV, Erbprinz Reuss war, und daß es in Thüringen belegen ist, einem Land, das früher der Kontrolle der russischen Besatzungsmacht unterlag. Es ist nicht klar, ob noch andere bewegliche oder unbewegliche Vermögensgegenstände involviert sind.
  - (ii) Der Status der Aktennotiz mit der Überschrift „Doppelte Staatsbürgerschaft und ihre Behandlung durch die Alliierte Besatzungsmacht“ ist unklar. Ich wurde nicht informiert, ob es sich dabei um eine früher eingeholte Stellungnahme handelt, oder ob diese Aktennotiz einen offiziellen Status hat.
  - (iii) Mir ist nicht klar, wie Prinz Heinrich XLV Erbprinz Reuss sein angebliches Eigentumsrecht an den Immobilien erworben hat. Die vorerwähnte Aktennotiz erklärt (Absatz 3): „das Reußische Theater ... war zu der Zeit [scil. 1947] immer noch Eigentum des Erbprinzen Reuss, nachdem die Reußische Anstalt für Kunst und Volkswohlfahrt per Gesetz aufgehoben worden war.“ Der Status dieser Anstalt und der Rechtstitel, den es an dieser Immobilie gehalten haben könnte, sind unklar. Gleiches gilt für die Verfahren und die Befugnis, unter welchen das Institut abgeschafft wurde, was nicht angegeben ist. Unklar ist außerdem, wann und auf welchem Rechtsweg Heinrich XLV Erbprinz Reuss seinen behaupteten Rechtstitel erworben hat.
  - (iv) Weder die Umstände der Enteignung oder Zwangsverwaltung, noch der gegenwärtige Status der Immobilien sind ausdrücklich erklärt.
  - (v) Weder sind die Bedingungen erklärt, unter denen das Institut abgeschafft wurde, noch ist angegeben, ob eine spätere

rechtserhebliche Bestimmung gemäß dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer zugehörigen Länder existiert.

- (vi) Der Status von Prinz Heinrich XIII Reuss ist unklar. Ich bin mir nicht sicher, ob er in gerader Linie von Heinrich XLV Erbprinz Reuss abstammt, (eine Bezugnahme auf Heinrich XIII (sic?) in Prinz Asfa-Wossen Asserates Schreiben mag oder mag nicht genau sein). Ich vermute, daß es der Fall ist, daß Prinz Heinrich XIII Reuss in irgendeinem Sinn der Rechtsnachfolger für Ansprüche ist, die Heinrich XLV Erbprinz Reuss gehabt haben mag. Sollte dies der Fall sein, so wurde der Prozeß der Rechtsnachfolge zugunsten von Heinrich XLV Erbprinz Reuss in den Dokumenten, die mir zugeschickt wurden, nicht erklärt.
2. Aufgrund der mir zugesandten Dokumente habe ich keine Zweifel, daß Heinrich XLV Erbprinz Reuss, als direkter Nachkomme von Prinzessin Sophia von Hannover kraft des Gesetzes der Regierung von Queen Anne (4 & 5 Anne, c.16) und kraft des Britischen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1948 (British Nationality Act 1948) den Status eines britischen Staatsangehörigen hatte. Unter dem letzteren Gesetz wurde er ein Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs und Kolonien und behielt als solcher seinen Status als britischer Staatsbürger. Die Außerkraftsetzung des Gesetzes aus der Regierungszeit von Queen Anne durch das Britische Staatsangehörigkeitsgesetz von 1948 änderte diesen Status nicht. Ich stimme natürlich der Auffassung der Herren Woodcock und Pilgrim zu, wenn diese bemerken: „Staatsbürgerschaft ist eine Rechtsfrage und kann als solche abschließend nur durch die Gerichte entschieden werden“.
  3. Aufgrund der mir zugesandten Papiere habe ich, und kann ich keine Ansichten über den Status einer anderen Person haben, bzw. darüber, ob diese Frage für einen Anspruch, der verfolgt werden könnte, überhaupt rechtserheblich ist.
  4. Ich vermute, daß Heinrich XLV Erbprinz Reuss ein Doppelstaatler war, der sowohl britischer Staatsbürger (und seit dem 1. Januar 1948 ein Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs und Kolonien) als auch ein deutscher Staatsangehöriger war. Ich wurde weder über seinen Geburtsort noch über seine Verbindungen mit entweder der Deutschen Demokratischen Republik oder der Bundesrepublik Deutschland oder beiden informiert. Ich vermute, daß es der Fall war, daß er im Jahre 1895 durch Geburt, oder möglicherweise durch Abstammung, ein deutscher Staatsbürger war. Ob er die Staatsangehörigkeit entweder der Deutschen Demokratischen Republik oder der Bundesrepublik Deutschland erworben hat, ist aus den mir zugesandten Papieren unmöglich festzustellen.
  5. Heinrich XLV Erbprinz Reuss wurde „gemäß dem sogenannten Prinzenenerlaß .... aus der Wehrmacht als Reserveoffizier entlassen, weil er ausländische Verbindungen hatte“ (Akttenotiz mit dem Titel: „Doppelte Staatsbürgerschaft und ihre Behandlung durch die Alliierte Besatzungsmacht“). Ich gehe nicht davon aus, daß dies in sich selbst zur

Aberkennung seines Status als deutscher Staatsbürger geführt hat. Dementsprechend vermute ich, daß er auch nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht ein Doppelstaatler blieb.

6. Es ist möglich, daß Heinrich XLV Erbprinz Reuss sowohl von der britischen als auch von der russischen Besatzungsmacht in Deutschland als Britischer Staatsbürger betrachtet wurde, aufgrund des Beweismaterials von Lt. General Gordon Max-Ready und der Sowjetischen Behörde in Deutschland. Keine der Aussagen, die in der obigen Aktenotiz wiedergegeben sind, scheint jedoch einen spezifischen Bezug auf ihn zu enthalten. Wahrscheinlich ist es von größerer Wichtigkeit, daß die Sowjetische Behörde ihn im Jahre 1947 als „Engländer“ betrachtete (Aktenotiz mit dem Titel „Doppelte Staatsbürgerschaft und ihre Behandlung durch die Alliierte Besatzungsmacht“ Absatz 1) - natürlich unter der Annahme, daß dies beabsichtigt war „britischer Staatsbürger“ zu bedeuten.
7. Es erscheint klar, daß die Alliierten Mächte, die Deutschland im Jahre 1945 verwalteten, die oberste Regierungsgewalt darstellten. Ich nehme Bezug auf die Bestimmungen und Art und Umfang der Proklamation Nr. 2 und auf die folgende Erklärung in „Oppenheim's International Law (9. Auflage, Jennings and Watts 1992), pp. 135-6:

*Nach der bedingungslosen Kapitulation im Jahre 1945 übernahmen das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion und Frankreich in einer gemeinsamen Erklärung vom 5. Juni 1945 die höchste Regierungsgewalt in Bezug auf Deutschland, einschließlich sämtlicher Befugnisse welche die deutsche Regierung und Bundesstaaten sowie ier städtischen oder Kommunalregierungen oder Behörden innehatten. Diese Vier Mächte teilten das Land in vier Besatzungszonen, (von denen jede von einer der Vier Mächte verwaltet wurde), und das gemeinsam besetzte besondere Gebiet von Berlin auf. Als Ergebnis der Erklärung und der verschiedenen Maßnahmen, die für deren Durchführung getroffen wurden, war die Ausübung der internationalen und externen Hoheitsrechte sowie der Rechte des deutschen Staates vollwirksam im internationalen Recht begründet, entweder gemeinsam mit den Vier Mächten, oder mit jeder einzelnen davon hinsichtlich des Teils des deutschen Gebietes, das unter ihrer Verwaltung stand“, (Fußnoten ausgelassen)*

Hier folgt ein Bericht über die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 und den förmlichen Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990..

8. Aus dem Vorerwähnten folgere ich, daß Proklamation Nr. 2 in ganz Deutschland Gesetzeskraft hätte und daß sie im Anschluß an die obigen Ereignisse rechtswirksam blieb, vorbehaltlich Änderungen (mir sind keine bekannt und ich wurde über keine informiert), die nachträglich (de jure oder de facto) von einer zuständigen Behörde gemacht wurden.

9. Die entscheidenden Bestimmungen der Proklamation Nr. 2 scheinen folgende zu sein:

**Absatz 9:** „Die deutschen Behörden und das deutsche Volk werden alle zweckdienlichen Schritte unternehmen, um Sicherheit, Erhalt und Wohlfahrt von Personen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, sowie deren Eigentum und das Eigentum von anderen ausländischen Staaten zu sichern“ (*Unterstreichung hinzugefügt*)

**Absatz 18 (b):** „Die deutschen Behörden werden des weiteren alle Anweisungen der Alliierten einhalten in Bezug auf Eigentum, Wirtschaftsgüter, Rechte, Rechtstitel und Interessen, die sich in Deutschland befinden und einer der Vereinten Nationen oder ihren Staatsangehörigen gehören, oder die ihnen zu einer Zeit seit Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Nation, oder seit der Besetzung irgend eines Teils ihres Gebietes durch Deutschland, gehört haben. Die deutschen Behörden sind für Sicherung, Erhalt und Verhinderung der Zerstreuung dieses Vermögens, dieser Wirtschaftsgüter, Rechte, Rechtstitel und Interessen, und für deren intakte Übergabe auf Anforderung oder Anweisung der Repräsentanten der Alliierten verantwortlich. Für diesen Zweck werden die deutschen Behörden sämtliche Informationen und Einrichtungen zur Verfügung stellen, die für die Rückverfolgung von Vermögen, Wirtschaftsgütern, Rechtstitel oder Interessen erforderlich sind“. (*Unterstreichung hinzugefügt*)

10. Hervorgehend aus dem vorerwähnten Absatz 18b vermute ich, daß es der Fall ist, daß bestimmte „Anweisungen“ von der Sowjetischen Behörden in Bezug auf das in ihrer Verwaltungszone belegene Vermögen gegeben wurden, oder daß bestimmte Befugnisse von ihnen wahrgenommen wurden (Schreiben mit der Überschrift „Aktennotiz, Absatz 1). Des weiteren nehme ich an, daß diese und Absatz 9 – vorbehaltlich nachträglicher Änderungen, von denen mir keine bekannt sind – noch rechtswirksam und in Kraft sind. Genau was die Bedingungen eventueller Anweisungen oder der Ausübung von Machtbefugnissen hätten sein können, ist mir nicht bekannt. Zu was die Bedingungen der „zeitweiligen Enteignung durch die russische Verwaltung“ (Ibid.) gewesen sein könnten – wird insbesondere ausgeführt, daß diese „einer Klärung bedürfen“. Ich stimme zu. Ob diese Klärung tatsächlich erfolgte, geht aus den mir zugesandten Papieren nicht hervor.
11. Hervorgehend aus dem vorerwähnten Absatz 9 und unter der Annahme, daß die Angelegenheiten, auf die vorstehend Bezug genommen wird, in einem Sinne zugunsten von Heinrich XLV Erbprinz Reuss gelöst werden, wird sich vieles um den Satz drehen: „Personen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind“. Auf der Grundlage der mir zugesandten Papiere habe ich keine Zweifel, daß er zu allen rechtseerheblichen Zeiten ein britischer Staatsbürger war (siehe oben). Es erscheint jedoch sicher, daß er außerdem ein deutscher Staatsbürger war (zweifelsfrei durch seine Geburt in Deutschland und höchst wahrscheinlich durch Abstammung). Ich habe jedoch keine Einzelheiten über sein Leben und seinen Wohnsitz.
12. Die in dem Papier „Aktennotiz, Absatz 5(a) ausgedrückte Ansicht lautet: „aus Sicht der Alliierten, hier insbesondere der Britischen und Sowjetischen Besatzungsmächte, war er [Heinrich XLV Erbprinz Reuss ]

ein britischer Staatsbürger [*scil. subject*], (der mehr oder weniger zufällig auch die deutsche Staatsbürgerschaft besaß). In meiner Ansicht ist dies ein haltbares Argument, sofern man die Worte „Personen, die nicht deutsche Staatsbürger sind“ etwas restriktiv im Lichte der Tatsache betrachtet, daß er anscheinend von den britischen und sowjetischen Verwaltungsbehörden als britischer Staatsangehöriger angesehen wurde, (was er natürlich war) unter Ausschluß seiner deutschen Staatsbürgerschaft. Auf den ersten Blick betrachtet, ist es jedoch schwierig zu sehen, warum diese „Anerkennung“ – die sehr wahrscheinlich nur für Verwaltungszwecke erfolgte – eine Handlung seitens der Verwaltungsbehörden begründet, die für sie rechtswirksam und verbindlich ist als schlüssige Bestimmung, daß er für Zwecke der Proklamation nur den Status eines britischen Staatsbürgers hat.

13. Es könnte angemerkt werden, daß Absatz 18(b) oben auf „jede der Vereinten Nationen oder deren Staatsbürger“ (*Unterstreichung hinzugefügt*) Bezug nimmt und keinen Hinweis auf „Personen, die nicht deutsche Staatsbürger sind“ enthält. Falls es möglich wäre, Absatz 18(b) vollständig getrennt von Absatz 9 zu lesen, könnte die Angelegenheit von einiger Wichtigkeit sein. Ob diese Auslegung korrekt ist, ist eine andere Frage.
14. Die Stellungnahme in der Aktennotiz, daß Heinrich XLV Erbprinz Reuss „mehr oder weniger zufällig auch die deutsche Staatsangehörigkeit besaß“ ist etwas schwierig zu akzeptieren, unter der Annahme, daß er in Deutschland geboren wurde und den größeren Teil seines Lebens dort verbracht hat. Tatsächlich wäre es unter dieser Annahme nicht schwierig, das Argument in dem Schreiben auf den Kopf zu stellen und zu dem Schluß zu kommen, daß er ein deutscher Staatsbürger sei, der mehr oder weniger zufällig auch die britische Staatsbürgerschaft besitzt, und zwar aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes von Queen Anne.
15. Die Angelegenheit, zumindest als eine des nationalen Rechts, scheint eine Sache zu sein, die von den deutschen Gerichten zu lösen ist. Ob jedoch eine Stellungnahme des Bundesverwaltungsgerichtes, die ich nicht gesehen habe, in der rechtserheblichen Sache korrekt entschieden wurde, ist eine Frage, zu der ich mich nicht äußern kann. Ich gehe davon aus, daß die deutschen Gerichte die zuständigen Tribunale sind, um eine Sache des deutschen Rechts zu entscheiden, wenn auch eine, die von einer früheren hoheitlichen Behörde von Deutschland vorgeschrieben wurde.
16. Angenommen, daß ein Anspruch, offengelegt wird, der in den Gerichten Deutschland zu rechtfertigen ist, so weiß ich nicht, ob erwägt wird, einen Eigentumsanspruch, in dem ein Rechtstitel auf Eigentum, ein persönlicher Anspruch auf Entschädigung, ein sonstiger Anspruch oder eine Kombination von jedem dieser Ansprüche geltend gemacht wird.
17. Des weiteren ist mir nicht bekannt, ob man vor hat, einen internationalen Anspruch zu verfolgen. Die Schwierigkeiten der Durchführung wären gewaltig. Um dies zu tun, wäre es wahrscheinlich notwendig, den Schutz der Regierung Ihrer Majestät für die Sache zu gewinnen. Die Schwierigkeiten wären u.a. folgende:
  - (i) Die Gewährung dieses Schutzes ist eine Ermessensentscheidung;

- (ii) Heinrich XLV Erbprinz Reuss ist Doppelstaatler und normalerweise, wenn eine Person, die die Staatsangehörigkeit von zwei Staaten besitzt, eine Verletzung oder einen Schaden an seinem Vermögen durch einen der beiden Staaten erleidet, so wird (und sehr wahrscheinlich kann) der andere Staat in seinem Auftrag keinen Anspruch gegen den anderen Staat verfolgen;
- (iii) Selbst wenn die Regierung Ihrer Majestät geneigt wäre, einen Anspruch für Heinrich XLV Erbprinz Reuss zu verfolgen, so müßte sie nachweisen, daß die britische Staatsbürgerschaft seine „vorherrschende Staatsbürgerschaft“ war;
- (iv) Der Sinn des Nottebohm Falls (Liechtenstein v. Guatemala) 1955 I.C.J. Rep. 4, spricht dagegen;
- (v) Der Zeitablauf ist wahrscheinlich unangemessen hoch.

8. Februar 2005

(John Hopkins)

FROM:  
JOHN HOPKINS M.A. LL.B.  
Director of Studies in Law  
TEL NO. 0223 334800  
FAX NO. 0223 467934

DOWNING COLLEGE  
CAMBRIDGE  
CB2 1DQ

### Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss

1. From the papers which have been sent to me, certain matters are not wholly clear and can be gleaned only by inference. Thus

(i) It is not stated precisely what matter is in issue. I assume it to be the case that immovable property is involved, that that property included the Reuss Theatre which was, at least formerly, the property of Heinrich XLV, Hereditary Prince Reuss and that it is situated in Thuringia, formerly under the control of the Russian occupying authority. It is unclear whether other property, moveable or immovable, is involved.

(ii) The status of the Note entitled "Dual Nationality and its Treatment by the Allied Occupying Power" is unclear. I have not been informed whether it represents an opinion previously obtained or whether it has some official status.

(iii) It is not clear to me how Prince Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss acquired his alleged title to the property. The above note states (para. 3): "the Reuss theatre ... at that time [scil. 1947] was still the property of the Hereditary Prince Reuss after the Reuss Institute for Art and Peoples Welfare had been abolished by law". The status of that Institute and whatever title it might have had to the property are unclear as are the processes by which and under whose authority the Institute was abolished are not stated. And when and by what legal process Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss acquired his alleged title are also matters which are unclear.

(iv) Neither the circumstances of the expropriation or sequestration nor the present status of the property are explicitly spelled out

(v) The terms of the abolition of the Institute are not spelled out. Nor is it stated whether there is any later material provision according to the laws of the Democratic Republic of Germany or of the Law of the Federal Republic or of any of their component States.

(vi) The status of Prince Heinrich XIII Reuss is unclear. Whether he is a lineal descendant of Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss, I am not sure (a reference to Prince Heinrich XIII (sic ?) in Prince Asfa-Wossen Asserate's letter may or may not be accurate). I assume it to be the case that Prince Heinrich XIII Reuss is in some sense successor to such claims as Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss may have had. If this is the case, the process of succession in favour of Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss has not been spelled out in the papers which have been sent to me.

2. From the papers sent to me, I am in no doubt that Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss, as a lineal descendant of Princess Sophia of Hanover had the status of a British subject in virtue of the Statute of the reign of Queen Anne (4 & 5 Anne, c.16) and in virtue of the British Nationality Act 1948. Under the latter Act he became a citizen of the United Kingdom and Colonies and, as such, retained his status as British subject. The repeal of the Statute of the reign of Queen Anne by the British Nationality Act 1948 brought about no change in his status. I concur in the opinion of Mr. Woodcock and Mr. Pilgrim though, of course, as they observe, "nationality is a matter of law and as such can be determined conclusively only by the courts".

3. On the basis of the papers sent to me, I have and can have no views as to the status of any other person or as to whether that matter is at all material to any claim which may be made.

4. I assume that Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss was a dual national being a British subject (and from 1 January 1948 a citizen of the United Kingdom and Colonies) and also a citizen of Germany. I have not been informed of the place of his birth or of his connections with either or both the Democratic Republic the Federal Republic of Germany. I assume it to have been the case that he was a citizen of Germany by birth in 1895 or, possibly, by descent. Whether he acquired citizenship of either the Democratic Republic or the Federal Republic, from the papers I have received, it is impossible to say.

5. Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss "according to the so-called Princes Edict .... was dismissed from the Wehrmacht as a reserve officer on the grounds that he had foreign connections" (Note entitled



"Dual Nationality and its Treatment by the Allied Occupying Power"). I do not consider that this in itself deprived him of the status of German citizen. I assume, accordingly, that he remained a dual national after his dismissal from the Wehrmacht.

6. It appears possible that Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss was regarded as a British subject both by the British and Russian authorities in Germany on the evidence of Lt. General Gordon Max-Ready and on that of the Soviet authorities in Germany but neither of the statements recited in the above note appears to include specific reference to him. Probably of greater importance is that, apparently in 1947, the Soviet authorities regarded him as an "Englishman" (Note entitled "Dual Nationality and its Treatment by the Allied Occupying Power", para. 1), assuming, of course that this was intended to mean "British subject".

7. It appears clear that the Allied Powers administering Germany in 1945 constituted the supreme authority there. I refer to the provisions, nature and scope of Proclamation No. 2 and to the following statement in Oppenheim's International Law (9th edition by Jennings and Watts 1992), pp. 135-6:

[A]fter the unconditional surrender in 1945, the United Kingdom, the United States of America, the Soviet Union and France, in a joint Declaration issued on 5 June 1945, assumed supreme authority with respect to Germany, including all the powers possessed by the German Government and any state, municipal, or local government or authority. These Four Powers divided the country into four occupying zones (one administered by each of the Four Powers) and the jointly occupied special Berlin area. As a result of the Declaration, as well as of the various measures taken to implement it, the exercise of the internal and external prerogatives and rights of the German state was vested, with full effect in international law, either jointly with the Four Powers or with any one of them in respect of the part of German territory under its administration." (Footnotes omitted.)

There follows an account of the establishment of the Federal Republic of Germany in 1949 and of the formal accession to it of the Democratic Republic in 1990.

8. From the above, I deduce that Proclamation No. 2 had the force of law throughout Germany and that it remained in force following the above events subject to any modification (and I am aware of none and have been informed as to none) made by a competent authority, whether de facto or de jure, subsequently.

9. The crucial provisions of Proclamation No. 2 appear to be the following:

Para 9: "The German authorities and people will take all appropriate steps to ensure the safety, maintenance and welfare of persons not of German nationality, and of their property and of the property of foreign States" (emphasis supplied).

Para 18(b): "The German authorities will also comply with all such directions as the Allied Representatives may give relating to property, assets, rights, titles and interests, located in Germany belonging to any one of the United Nations or its nationals or having so belonged at or at any time since the outbreak of war between Germany and that Nation, or since the occupation of any part of its territories by Germany. The German authorities will be responsible for safeguarding, maintaining and preventing the dissipation of all such property, assets, rights, titles and interests, and for handing them over in tact at the demand or direction of the Allied Representatives. For these purposes the German authorities will afford all information and facilities required for tracing any property, assets, rights titles or interests" (emphasis supplied).

10. Arising from para. 18(b) above, I assume it to be the case that certain "directions" were given by the Soviet authorities concerning property in their zone of administration or that certain powers were assumed by them (paper headed "Note to the File, para 1). I further assume that it and para 9, subject to any subsequent modification and I am aware of none, effectively remain in force. Precisely what the terms and conditions of any directions or assumptions of powers, if any, may have been, I am unaware. And especially, what the terms and conditions of the "temporary sequestration by the Russian Administration" (Ibid.) may have been is stated to have "required clarification". I agree. Whether such clarification has been made is not apparent in the papers which have been sent to me.

11. Arising from para 9 (above) and assuming issues adverted to above to be resolved in a sense favourable to Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss, much will turn on the phrase "persons not of German nationality". On the basis of the papers which have been sent to me, I am in no doubt that at all material times he was a British subject (see above). But it seems certain that he was also a German citizen (no doubt by birth in Germany and very probably by descent) but I have been given no details of his life or of his residence.

12. The view expressed in the paper "Note to the File", para 5(a) runs: "in the eyes of the Allies, here in particular the British and Soviet occupying power he [Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss], was a British national [scil. subject] (who more or less accidentally also had German nationality). In my view, this is a tenable argument if one seeks to interpret the words "persons not of German nationality" somewhat restrictively in light of his having been apparently regarded as a British subject by the British and Russian administering authorities (which he clearly was) to the exclusion of his German citizenship. Yet it is hard, on the face of it, to see why such "acceptance", very possibly for administrative purposes only, constitutes conduct on the part of the administering powers which is effectively binding upon them as a conclusive determination of his having, for the purposes of the Proclamation, the status of British subject only.

13. It may be remarked that para 18(b) (above) refers to "any one of the United Nations or its nationals" (emphasis supplied) and includes no reference to "persons not of German nationality". If it is possible to read para 18(b) wholly separately from para 9, the matter could be of some importance. Whether such an interpretation is correct is a different matter.

14. The opinion in the Note that Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss "more or less accidentally also had German nationality" is rather hard to accept, assuming that he had been born in Germany and that he did spend the greater part of his life there. Indeed, upon that assumption, it would not be difficult to turn the argument in the Note on its head and conclude that he was a German national who more or less accidentally was a British subject owing to the provisions of the Act of Queen Anne.

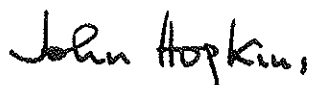
15. The matter, at least as one of domestic law, seems to be one for the courts of Germany to resolve, though whether an opinion of the Federal Administrative Court, which I have not seen, was correctly decided upon the relevant issue is a matter on which I can have no view. I assume the courts of Germany to be the competent tribunals to determine a matter of German law, albeit one prescribed by a former sovereign authority of Germany.

16. Assuming a claim, maintainable in the courts of Germany, to be disclosed, I do not know whether a proprietary claim asserting title to property, a personal claim for compensation or some other claim or any combination of them might be contemplated.

17. Nor do I know whether it is proposed to pursue an international claim. The difficulties in doing so would be formidable. For doing so would probably involve seeking to enlist the protection of Her Majesty's Government. The difficulties would include the following matters:

- (i) that the provision of such protection is discretionary;
- (ii) Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss is a dual national and, ordinarily, where a person who is a national of two states suffers injury or damage to his property at the hands of one of them, the other will not and, very probably, cannot, maintain a claim on his behalf against the other;
- (iii) even if Her Majesty's Government were minded to pursue a claim on behalf of Heinrich XLV Hereditary Prince Reuss, it would have to show that British nationality had been his "dominant nationality";
- (iv) the sense of the Nottebohm Case (Liechtenstein v. Guatemala) 1955 I.C.J. Rep. 4 militates against it;
- (v) the lapse of time is probably excessive.

8 February 2005



(John Hopkins)